
Antragsteller: Landesvorstand der Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg,
Landesvorstand der Europa-Union Deutschland – Landesverband Baden-
Württemberg

Thema: Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 – Für eine einheitliche EU-Entwicklungspolitik

Antrag:

Die Landesversammlung möge beschließen:

Die Europäische Union hat 2015 zum Europäischen Jahr der Entwicklung ausgerufen. Dieses Jahr soll die europäischen Bürgerinnen und Bürger an die Verantwortung der EU für die globale Entwicklung erinnern und eine breite Diskussion über die Zukunft der EU-Entwicklungspolitik anstoßen. Die Europa-Union Baden-Württemberg begrüßt diese Initiative und möchte ihren Beitrag zur Diskussion leisten.

Entwicklungspolitik gehört seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 zu den Politikbereichen der EU. Heute ist die EU weltgrößter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch bestehen neben der EU-Entwicklungspolitik 28 nationale Politiken in diesem Bereich fort. Wir sind davon überzeugt, dass eine echte Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik das Ziel sein muss. Nur dann kann die EU mit einer Stimme sprechen und die am wenigsten entwickelten Länder auf ihrem Weg zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen.

Wir fordern daher:

- **Die Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den allgemeinen EU-Haushalt.** Der EEF ist das wichtigste Instrument der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifischer Raum). Der EEF wird nicht aus dem EU-Gesamthaushalt finanziert. In ihn fließen direkte Beiträge der Mitgliedstaaten, deren Höhe ausgehandelt wird. Eine Überführung des EEF in den allgemeinen EU-Haushalt würde dem Europäischen Parlament Mitbestimmung und demokratische Kontrolle einräumen und ihn zu einem echten Instrument einer einheitlichen Entwicklungszusammenarbeit machen.
- **Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments in der Entwicklungspolitik durch Mitbestimmung in Finanzfragen und bei der Festlegung grundlegenden Positionen.** Das Europäische Parlament muss als direkt gewählte Vertretung der EU-Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die EU-Entwicklungspolitik erhalten. So muss das Parlament bei der Aufstellung des Haushalts für die Entwicklungspolitik so mitbestimmen können wie in den anderen Politikbereichen auch. Auch die Festlegung von grundlegenden Positionen und Mandaten muss ausnahmslos im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens



erfolgen. Damit wäre die demokratische Kontrolle und eine größere öffentliche Aufmerksamkeit

- **Die Schaffung einer eigenen Ratsformation „Rat Entwicklungszusammenarbeit“ mit der mittelfristigen Option des Vorsitzes durch den/die EU-Entwicklungskommissar/in.** Bislang wird die Entwicklungszusammenarbeit im Ministerrat im Rahmen der Tagungen der Außenminister behandelt, bei der die Entwicklungsminister hinzugezogen werden. Im Sinne einer stärkeren EU-Entwicklungszusammenarbeit würde die Schaffung einer eigenen Ratsformation, möglichst unter Vorsitz des für Entwicklungspolitik zuständigen Kommissionsmitglieds zu mehr Durchschlagskraft führen.
- **Die Stärkung der Rolle der EU-Vertreter als Verhandlungsführer bei internationalen Organisationen und Konferenzen.** Um die Einheitlichkeit der EU-Position bei internationalen Organisationen und Konferenzen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, sollten dort die Vertreterinnen und Vertreter der EU die Verhandlungsführung übernehmen und im Namen der EU und aller 28 Mitgliedstaaten sprechen. Die Position der EU sollte vorab mit einem von Rat und Europäischem Parlament verabschiedeten und öffentlich zugänglichen Mandat festgelegt werden.
- **Eine stärkere Koordinierung der nationalen Entwicklungspolitiken durch die EU-Kommission.** Viele der EU-Mitgliedstaaten führen eine eigene nationale Entwicklungspolitik mit eigenen Agenturen (z.B. GIZ) durch. Hier wäre eine stärkere Koordinierung nach einer auf EU-Ebene festgelegten Agenda und nach EU-Kriterien sinnvoll. Denkbar wäre auch, die Expertise einzelner Mitgliedstaaten für einzelne Länder besser für die gesamte EU-Entwicklungspolitik nutzbar zu machen.

Begründung: Erfolgt mündlich